

Bankpolitik

Am deutschen Wesen will keiner genesen

Der mit so vielseitigen Fähigkeiten ausgestattete berühmteste aller deutschen Fußballspieler hat dem Vernehmen nach aus dem gegebenen Anlass „Südafrika“ heraus der dort eingesetzten Aktivitas einen guten Rat gegeben: Franz Beckenbauer empfahl seinen Nachahmern, sich überhaupt nicht um (fachmännisch!) Geschriebenes, Kommentiertes, Kritisiertes zur Sache wie zur Person zu kümmern, sondern einfach nur um den Ball. Wahrscheinlich ohne es näher zu sensibilisieren, hat der namhafte Ratgeber damit ein ganz allgemeines Prinzip für die aktuelle deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgedrückt: Jenes „Einfach-mal-was-machen“, das die deutsche Bundesregierung nun schon erschreckend lange als Maxime ihres vermeintlichen Handelns darstellt.

Auch das soeben rasch vorgelegte sogenannte „Sparpaket“ der Regierung vermittelt genau den Eindruck, dass dieselbe sich hier wie bei ihrer allgemeinen Gesundheitspolitik, Energiepolitik, Finanzpolitik (und inzwischen auch Personalpolitik) um nichts mehr als um sich selbst sorgt. Schon lange, lange, vielleicht schon seit den späten Tagen der Adenauer-Zeit nicht mehr, hat eine Kanzlerschaft ein solches Maß an Autismus demonstriert. Noch kaum jemals ist die Kritik der einigermaßen fachkundigen Medien, der mitunter direkt gutwilligen Lobbyisten und der staunenden europäischen Nachbarschaft einhellig gewesen, wenn „die Deutschen“ derzeit ihren unaufhörlichen neuen regulatorischen Unsinn insbesondere mit „der Rettung des Euros“ begründen.

Aber – es gibt noch Hoffnung. Während nämlich in der Bundesrepublik selbst offensichtlich niemand mehr die Durchsetzungskraft hat, den Schwachsinn von Finanztransaktionssteuer, von Bankenabgabe und direkten Handelsverboten so nachhaltig zu vermitteln, dass vor allem das Finanzministerium wieder zur Vernunft zurückkehren darf, lernt Frau Bundeskanzlerin justament draußen, dass man dort ihr nicht gehorcht und nicht folgt.

Die „G“-Welt hat die deutschen Vorschläge bereits abgelehnt. In Europa, respektive EU-Europa, müsse man zwar alles noch einmal nachhaltig bewerben. Aber, so sagt der deutsche Finanzminister in all seiner Ehrlichkeit, die Erfolgsaussichten seien gering und jeder nationale Separatismus der Deutschen stoße auf Unverständnis. Zu Recht. Und es zeugt von beträchtlicher Arroganz, den „eigenen Weg“ namentlich in der Bankenpolitik selbst dann noch weiter zu propagieren, wenn so viele der Partner

und Nachbarn ihn für falsch halten. Am deutschen Wesen wollte die Welt noch nie genesen. Aber vielleicht hilft die internationale Ablehnung „im Ganzen“ der Bundesrepublik „im Kleinen“ auch irgendwann bei der Besinnung auf die vielen praktikablen Möglichkeiten, die Basel II, III, ... noch allemal eröffnen. K.O.

PS: Einige von diesen werden auch in diesem Jahr wieder auf der viel beachteten Veranstaltung „Bankenaufsicht im Dialog“ der Deutschen Bundesbank diskutiert werden (Programm unter www.kreditwesen.de).

Privatbankiers

Sorge um die Freiheit

336 Jahre Erfahrung im Bankgeschäft sind eine ganze Menge – in dieser langen Zeitspanne ist viel passiert: Kriege, Rezessionen, Weltwirtschaftskrisen, Wiederaufbau. Und wenn dann als größte Sorge geäußert wird, dass die Freiheit der Marktwirtschaft bitte schön nicht angetastet werden soll, wiegt das sicherlich schwer. Friedrich von Metzler, Chef des gleichnamigen Bankhauses, hat angesichts der drohenden Regulierungsfülle eben genau davor Angst – mehr noch als vor der steigenden Staatsverschuldung oder gar des Euro-Verfalls.

Ohne die geplanten Maßnahmen von Bankenabgabe über Finanztransaktionssteuer bis hin zu höheren Eigenkapitalanforderungen im Einzelnen zu kommentieren, gehen dem Privatbankier alter Schule die geplanten staatlichen Eingriffe zu weit. Mehr Markt bitte, lautet sein Credo. Dann aber auch bitte mit dem Rückgrat, die Folgen – sprich die ein oder andere Bankpleite – aushalten zu können.

All das sagt von Metzler ohne spürbare Eigeninteressen. Zwar konzentriert sich das Frankfurter Bankhaus auf die Vermögensberatung und das Kapitalmarktgeschäft und lässt die Kreditvergabe sowohl an private wie gewerbliche Kunden außen vor, doch ist die Abhängigkeit von immer innovativeren Produkten und Modellen bei dem traditionsreichen Institut wesentlich geringer als bei so manchem Wettbewerber. Subprime hatte Metzler nie, aus Griechenland hat man sich lange vor dem Ausbruch der Krise schon verabschiedet und wird auch so bald nicht wieder einsteigen. Die Eigenanlagen der Bank bestehen vor allem aus Gold und stabilen festverzinslichen Werten, zu kleinen Teilen auch aus Aktienportfolios. Gleiches empfiehlt man übrigens auch den Kunden.

Und diese Sorge resultiert auch nicht aus Problemen im Geschäft. Im Gegenteil: Auch wenn die Erfolgsrechnung des Bankhauses stets schwer zu lesen ist – als Gewinn werden seit Jahren 2,31 Millionen Euro ausgewiesen, gerechnet wird daher von unten nach oben, sodass auch Zins- oder Provisionsüberschuss nur bedingt verlässliche Einschätzungen zulassen – so zeigt doch die neuerliche üppige Stärkung der Reserven, dass 2009 ein gutes Jahr war.

„Wir konnten den Reserven mehr zuführen als noch 2008“, gibt Emmerich Müller eine kleine Interpretationshilfe. Dass davon erstmals zehn Millionen Euro offen im Fonds für allgemeine Bankrisiken ausgewiesen wurden, mag man ein kleines bisschen als Vorgriff auf die kommenden höheren und schärferen Eigenmittelanforderungen verstehen. Denn wie hoch die – zweifelsfrei ganz üppigen Reserven – wirklich sind, möchte Metzler nicht allgemein bekannt wissen. Nur so viel: „Unsere ausgesprochen gute Eigenkapitalausstattung, zusätzliche offene und stille Reserven in erheblichem Umfang sowie eine im Geschäftsmodell begründete komfortable Liquiditätssituation versetzen uns in die Lage, auch in Krisenzeiten unsere langfristig ausgerichtete Geschäftspolitik mit ruhiger Hand fortzusetzen, so von Metzler.“

Die im Zahlenwerk offiziell genannte Kernkapitalquote beläuft sich mit 14,9 Prozent zwar leicht unter dem Vorjahresniveau von 15,1 Prozent, aber noch immer weit über den gesetzlichen Anforderungen. Und auch anhand der Bilanzstruktur kann man ein klein wenig mehr Vorsicht ablesen. Die Forderungen an andere Kreditinstitute haben sich im Betrachtungszeitraum von drei Jahren fast verdoppelt, im Gegenzug verdoppelte sich die Position „Wertpapiere“.

Mit Blick auf die einzelnen Geschäftsfelder entwickelte sich im vergangenen Jahr zum einen das Asset Management erfreulich. Das verwaltete Vermögen stieg von 30 auf 37 Milliarden Euro, wovon rund drei Milliarden auf echte Mittelzuflüsse zurückzuführen waren. Auch das Segment Financial Markets, also die Betreuung der Kunden bei Devisen- und Rentenmarkttransaktionen, profitierte vom volatilen Zinsumfeld und blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück.

Im Private Banking fällt auf und macht sich ganz offensichtlich auch bezahlt, dass Metzler entgegen dem Branchentrend nur noch Vermögensverwaltungsmandate betreut, bei denen die Portfolios eigenständig gemanagt werden. Corporate Finance und Equities konnten sich dagegen von der allgemeinen Marktentwicklung nicht abkoppeln. Doch solange eine solche „Vielfalt“ möglich ist, muss man sich nicht wirklich sorgen.

Bundesbank

Motivation für die Fläche

Was hat die Bundesbank nach Einführung des Euro und dem Übergang der geldpolitischen Verantwortung auf die Europäische Zentralbank eigentlich noch zu tun? Braucht sie wirklich noch 10 000 Mitarbeiter, davon die meisten in den Hauptverwaltungen über die ganze Bundesrepublik verteilt? Es ist durchaus legitim, diese Fragen gerade mit Blick auf die Vertretung der Notenbank in der Fläche zu stellen. Schließlich war es die Bundesbank selbst, die mit ihrer vom früheren Präsidenten Ernst Welteke und dem damaligen Bundesfinanzminister Hans Eichel nicht unumstrittenen, aber doch vollzogenen Bundesbankreform die Zentralisierung vorantrieb, und mit der Umwidmung der Landeszentralbanken in Hauptverwaltungen ohne Stimme im Direktorium deren Bedeutungsverlust einleitete. Im Zuge der Neuaufstellung der Bundesbank wird es jetzt zu weiteren Einschnitten im Filialnetz und der Beschäftigungsstruktur kommen. Schließlich arbeiten immer noch 28 Prozent der Beschäftigten in den Hauptverwaltungen und 36 Prozent in den Filialen. Durch die sich wandelnden Aufgaben in der Bargeldversorgung und steigende Anforderungen in der Bankenaufsicht und der volkswirtschaftlichen Forschung sind weitere Strukturreformen mit Auswirkungen auf Filialen und Hauptverwaltung schon vorgesehen.

Trotzdem oder gerade deswegen betont Bundesbankpräsident Axel A. Weber gerne die Bedeutung der Präsenz vor Ort. Die neun Hauptverwaltungen samt der angeschlossenen 38 Filialen seien die regionale Verankerung der Notenbank, durch die ihnen obliegende Aufsicht über die Kreditinstitute deren erster Ansprechpartner und übernehmen so in Form regionaler Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Teil der Kommunikationspolitik der Zentralbank. „Trotz des Bedeutungswandels der vormaligen Landeszentralbanken infolge der Bundesbankreform spielt die Hauptverwaltung Frankfurt weiterhin eine wichtige Rolle. Sie hatte und hat nicht nur eine wichtige Beobachterfunktion für den Finanzplatz Frankfurt und seine Entwicklung, sondern ist ein anerkannter Austausch- und Veranstaltungsort für die am Finanzplatz Tätigen. Gerade in schwierigen Zeiten, wie wir sie seit dem Ausbruch der Finanzkrise vor nunmehr drei Jahren erleben, sind ein gutes Netzwerk und ein nachhaltiges Wirken auch in den Fläche besonders wertvoll“, sagte Weber bei der Verabschiedung des langjährigen Präsidenten der Hauptverwaltung Frankfurt, Jürgen Hettinger.

Dabei kommt es natürlich besonders auf die handelnden Menschen an. Ein guter Hauptverwal-

tungspräsident muss nicht nur gut verdrahtet und stets am Finanzplatz präsent sein, er muss darüber hinaus die Institution Bundesbank am besten schon von frühester Ausbildungsstufe in sich aufgesogen haben, über gute kommunikative Fähigkeiten und eine hohe Sozialkompetenz verfügen, ein hohes Maß an Leistungsfähigkeit und Motivation und natürlich auch eine ordentliche Verbindung zur Zentrale haben. Jürgen Hettinger hat all das und war fast zehn Jahre lang eben jenes Gesicht der Bundesbank – neben dem Direktorium selbstverständlich – am Platz Frankfurt. Dass er nun, nach gut 36 Jahren in Diensten der Bundesbank, seinen Platz durchaus auch ein bisschen erleichtert räumt – wer mag es ihm verdenken. Die Zeiten sind wahrlich bewegt und die anstehende Strukturreform überlässt er sicherlich gerne seinem Nachfolger, dem man angesichts der Fülle der Herausforderungen unbedingt viel Glück wünschen muss.

Zahlungsverkehr

Girocard-Verfahren in der Krise

Im Vorwort der Polizeilichen Kriminalstatistik 2009 wird das PIN-gestützte Girocard-Verfahren (früher electronic cash) im Vergleich zum „wildem“ ELV als das sicherere Debitverfahren bezeichnet. Der genauere Blick in das Zahlenwerk scheint diese Einschätzung jedoch wenig zu stützen. Der Betrug mit Debitkarten im Elektronischen Lastschriftverfahren ging 2009 zum zweiten Mal zweistellig zurück. Und die Fallzahl blieb mit insgesamt 18 795 noch deutlicher unter dem Betrug im Girocard-Verfahren als im Vorjahr, obwohl auch dort die Betrugszahlen leicht rückläufig waren. Angesichts dieser Entwicklung lassen sich Akzeptanten mit dem Argument der Sicherheit kaum noch überzeugen.

Neben dem Betrug spielen für die Akzeptanten freilich auch die Ausfälle infolge mangelnder Bonität des Kunden eine Rolle – einst das zentrale Argument der Kreditwirtschaft für electronic cash, dessen Gebühren mit der Zahlungsgarantie gerechtfertigt wurden. Doch selbst beim leidigen Thema der Rücklastschriften hat sich die Lage entschärft. Viele Netzbetreiber bieten Dienstleistungen mit Ausfallschutz an – und zwar zu Preisen, die selbst für kleinere Händler spürbar unter Konditionen des Girocard-Verfahrens liegen. Namentlich bei den mittelständischen Händlern war ELV im vergangenen Jahr deshalb wieder kräftig auf dem Vormarsch. Prominentes Beispiel: Die Deutsche BP kassiert seit September 2009 an allen deutschen Aral-Tankstellen wieder im Lastschriftverfahren.

Als Reaktion hat der DSGVO als erster der kreditwirtschaftlichen Verbände ein Modell vorgestellt, den Forderungen des Handels nach mehr Flexibilität entgegenzukommen. Händler sollen in Zukunft die Wahl haben, ob sie nur die Basisleistung Transaktion (zum Festpreis) in Anspruch nehmen oder Zusatzleistungen wie die Zahlungsgarantie dazukaufen wollen. Für diese soll künftig jeder Kartenherausgeber das Entgelt individuell festlegen. Um Preissenkungen wird die Kreditwirtschaft aber wohl nicht herumkommen. Längst geht es jedoch nicht mehr nur ums Geld. Zunehmend stellt der Handel Fragen nach der unbefriedigenden Systemverfügbarkeit. Auch die Beschwerden über verlangsamte Abwicklung haben kräftig zugenommen, wodurch das Argument der Schnelligkeit von Girocard im Vergleich zu ELV an Glanz verliert. Und die Chipkartenpanne zu Jahresbeginn hat die Forderung nach einer Verfügbarkeitsgarantie lauter und das Bestreben, ELV Sepa-fähig zu machen, dringlicher werden lassen.

Das Bundeskriminalamt fordert unterdessen, den Magnetstreifen (und damit die Grundlage für Skimming, aber eben auch von ELV) von der Karte zu nehmen. Dies aber ist derzeit noch mit Vorsicht zu genießen. Denn dann müssten alle Kunden, die ihre Karte auch im außereuropäischen Ausland einsetzen, mit zusätzlichen Karten ausgestattet werden. Und: Ein „Backup-System“, wie es Magnetstreifen und ELV zu Jahresbeginn bei der Chipkartenpanne waren, gäbe es dann nicht mehr, worauf man es wohl nicht ankommen lassen will. Vorläufig wird sich Girocard also noch mit ELV messen müssen (Näheres siehe Karten 3-2010 vom 1. August).

Asset Management

Nachhaltigkeit im Trend

Nachhaltige Kapitalanlagen sind nicht neu. Als Socially Responsible Investments wurden sie im angelsächsischen Raum in bestimmten Anlegerkreisen schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts populär. In den sechziger und siebziger Jahren erhielten sie Auftrieb durch die Diskussionen rund um den Vietnamkrieg. Die Vereinten Nationen bestärkten die Bewegung Ende der achtziger Jahre mit ihrem Leitbild von der Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen. Und hierzulande rückte dieser Ansatz durch die Friedens- und Umweltbewegung vermehrt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Zu der mittlerweile breiten Popularität nachhaltiger Investments in weiten Schichten der Anleger trägt zuletzt der weltweite Auftrieb für die Ideen einer guten Unternehmensführung bei.

Als Folge dieser gewandelten Grundstimmung beschäftigen sich längst nicht nur exotische Privatanleger mit nachhaltigen Investments, sondern auch immer mehr große Kapitalsammelstellen – von ihrer Anlage bis hin zu ihrem Abstimmungsverhalten auf den Hauptversammlungen. Dass es dabei im Einzelfall schwierig ist, ethisch Bedenkliches im Anlageuniversum komplett auszuschließen, ist den großen Investoren durchaus bewusst. Aber ihr Dialog mit den Unternehmen und ihre Anforderungen an Transparenz, Ratingprozesse und Research stärkt der Tendenz nach jene Unternehmen, die als verantwortungsvolle Corporate Citizen agieren.

In diesem Umfeld, eine verlässliche Indikation von dem Nachfrageverhalten institutioneller Investoren in Deutschland zu bekommen, ist das Ziel einer Studie, die die Union Investment in Auftrag gegeben hat. Von Kreditinstituten und Versicherungen über Stiftungen und Kirchen, Altersversorgern und Pensionskassen bis hin zu Kapitalanlagegesellschaften, Großunternehmen und sonstigen institutionellen Investoren werden die relevanten Anlegergruppen in verschiedenen Größenordnungen erfasst. Aktuelle Erkenntnis aus dem Frühjahr 2010: Institutionelle Investoren neigen nach wie vor maßgeblich aus Imagegründen zu einer nachhaltigen Kapitalanlage. Mit 73,9 Prozent Zustimmung genießt dieses Motiv einen unverändert hohen Stellenwert bei den Kunden und/oder Mitgliedern großer Kapitalsammelstellen. Und es lässt sich derzeit in der Öffentlichkeit besonders gut vermarkten, weil die Grundstimmung für wie auch immer geartete nachhaltige Entwicklungen im Zuge der Finanzkrise noch einmal spürbaren Auftrieb erfahren hat.

Gegenüber den Vorjahresergebnissen ergaben sich freilich auch bemerkenswerte Veränderungen. So räumen mittlerweile 74 (70,1) Prozent der Befragten nachhaltigen Investments einen Beitrag zur Optimierung des Risikomanagements ein. Und viel stärker als in der ersten Studie dieser Art werden nachhaltige Investments mit ökonomischen Aspekten in Verbindung gebracht. Während ökologische, ethische und soziale Kriterien mit 78,9 (91,8) Prozent, 71,5 (89,8) Prozent und 66,1 (79,7) Prozent immer noch die dominierende Rolle spielen, haben im vergangenen Jahr ökonomische Kriterien mit 66,1 (48,4) stark an Bedeutung zugenommen.

Trotz allem Bekenntnis zur Anlageklasse legt die Studie ein zwiespältiges Verhältnis institutioneller Investoren zu nachhaltigen Investments offen. In einer Notenskala von eins bis fünf bewerten die Anlegergruppen ihren Wissensstand zu nachhaltigen Kapitalanlagen überwiegend als mittelmäßig bis schlecht, und auch die Beratungsqualität der Vermögensverwalter erzielt höchst durchschnitt-

liche Noten. Immerhin: Diejenigen Investoren, die sich näher mit nachhaltigen Investments beschäftigen, stehen ihnen wesentlich positiver gegenüber. Sehr gefestigt ist der Trend zu nachhaltigen Investments also offenbar noch nicht. Seriöse Beratung mit Transparenz und hohem Know-how sind also gefragt.

Staatsverschuldung

Die nächste Blase!

Prof. Dr. Jürgen Singer, Universität Leipzig, schreibt der Redaktion: „Vor Blasen sollte man sich schützen. Damit sind nicht nur Blasen an den Füßen oder Brandblasen gemeint. Mindestens ebenso schlimm oder gar noch gefährlicher sind etwa Kredit-, Immobilien-, Internet- oder Kreditkostenblasen. Leider lernt der Anleger wenig – oder sogar nichts aus der Geschichte, was bereits der Militärhistoriker und Korrespondent Liddell Hart beklagte – Tulpenblasen und South-Sea-Blase lassen grüßen. Seit geraumer Zeit platzen nicht nur die Kreditblase und die Immobilienblase in zahlreichen Staaten. Es gab und gibt noch wesentlich mehr Varianten: beispielsweise Restwertblase bei Leasingfinanzierungen, Goodwill-Blase infolge wahnsinniger Übernahmepreise, Pensionsfonds-Blase in England und in den USA, Studienkreditblase und Rohstoffblase.

Die ‚Vulkan-Blase‘, die im Zuge der Finanzmarktkrise von Investoren in ihrem irrationalen Verhalten aufgeblasen wird, ist die Staatsschuldenblase. Die US-Regierung konnte lange Zeit kurzfristige Treasuries zum Zinssatz von fast null Prozent platzieren. Investoren flüchteten in ihrer Angst oder sollte man formulieren Gier nach Sicherheit, in diese vermeintlich ungefährdeten Staatstitel. Allerdings musste den Investoren irgendwann ‚dämmern‘, dass sie wiederum eine Fehlentscheidung getroffen haben: Von einer in die andere Blase! Die Konjunkturprogramme in den USA, Deutschland und weiteren Staaten haben in den vergangenen Jahren weiteres Misstrauen gegen Staatspapiere verursacht: Können die Staaten ihre Schulden bedienen?

Was im Zuge der Griechenlandkrise in vielen Ländern abläuft, ist dem Schneeballsystem à la Madoff gar nicht so unähnlich, aber in wesentlich größeren Ausmaßen. Sollte das Misstrauen derart wachsen, dass steigende Risikoprämien und fehlschlagende Neuemissionen erkennbar werden, dann sollte man sich Literatur über Karl V., Philipp II. und Jakob Fugger beschaffen. Alles ist schon mal dagewesen!“